



INHALT NOVEMBER 2009

SEITE 1 MIGRATION ALS BEITRAG ZUR MENSCHLICHEN ENTWICKLUNG

Ein Bericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen

ZAHLENWERK

Kosten für Migration im Zeitraum 2006 bis 2008

SEITE 2

ZIEMLICH ATTRAKTIV

Studie über hochqualifizierte Zuwanderer in Deutschland

SCHULBESUCH FÜR KINDER

STATUSLOSER ELTERN

Initiative der hessischen Landesregierung

QUALIFIZIERTE MIGRANTINNEN

Fast die Hälfte der weltweiten Migration ist weiblich

SCHUTZ VOR AUSBEUTUNG

Berliner Bündnis gegen Menschenhandel gegründet

SEITE 3

AUSWIRKUNGEN DER KRISE AUF DIE ARBEITSMIGRATION

Studie der Internationalen Arbeitsorganisation

MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN IN DER KRISE

Europäische Migrationsgespräche in Berlin

RECKLINGHÄUSER TAGUNG

Dokumentation erschienen

NEUER BUNDESTAG GEWÄHLT

20 Abgeordnete mit Migrationshintergrund

TERMIN

und Veranstaltungen

SEITE 4

EINHEITSGEWERKSCHAFT ALS ERFOLGSMODELL FÜR INTEGRATION: 60 JAHRE DGB

Kommentar von Karl Heinz Goebels, langjähriger Abteilungsleiter der Abteilung Ausländische Arbeitnehmer beim DGB Bundesvorstand

MIGRATION ALS BEITRAG ZUR MENSCHLICHEN ENTWICKLUNG

Ein Bericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen

Migration – Binnen- sowie grenzüberschreitende Migration – ist das Thema des „Berichts über die menschliche Entwicklung 2009“, der Anfang Oktober vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) veröffentlicht wurde.

Der seit 1990 jährlich erscheinende Bericht hat jeweils ein Schwerpunktthema unter der Fragestellung, wie dieses zur Verbesserung der menschlichen Entwicklung beitragen kann. Menschliche Entwicklung wird verstanden als Schaffung von Möglichkeiten, das eigene Leben gestalten zu können.

Um das messen zu können, erstellt das UNDP einen jährlichen „Human Development Index“, bei dem Werte für Lebenserwartung, Gesundheitsvorsorge, Bildungsmöglichkeiten, Bruttonationaleinkommen pro Kopf kombiniert werden. Die Liste reicht in diesem Jahr von Norwegen auf Platz eins bis Niger auf Platz 182.

Dieser Ansatz, die Lebenslagen und Chancen von Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, fragt nicht zuerst, wie voll möglicherweise ein Staats-Boot ist,

sondern, wie Wanderung die menschliche Entwicklung fördert. Und da sind Verbesserungen festzustellen – vom Haushaltseinkommen über die Gesundheitsvorsorge bis zur Bildung. Das wird an vielen Beispielen veranschaulicht, etwa an Bildungsmöglichkeiten im Herkunftsland und im Zielland oder an der Säuglingssterblichkeit.

Diese Vorteile für die menschliche Entwicklung greifen am ehesten, wenn Menschen aus Entwicklungsländern in entwickelte Länder gehen. Dies ist aber die Ausnahme. Die große Mehrheit wandert entweder im Land oder zwischen Entwicklungsländern. So leben zum Beispiel drei Prozent der Afrikaner nicht in ihrem Geburtsland und weniger als ein Prozent von ihnen in Europa. Die Mehrheit der Menschen aus den reichen Ländern, die wandern, gehen in ein anderes reiches Land.

Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass Menschen aus den ärmsten Ländern am ehesten von Migration profitieren könnten, aber am wenigsten mobil sind. Ein Grund liegt sicher in den hohen Kosten für eine Wanderung (siehe Zahlenwerk).

Für die Aufnahmeländer – auch das macht der Bericht deutlich – bedeutet Zuwanderung keinesfalls Verlust von Arbeitsplätzen oder sinkende Einkom-

men. Auch werden Kosten für soziale Leistungen, die Zuwanderer in Anspruch nehmen, zumeist weit übertrieben. Statt dessen zeigt die Erfahrung, dass in Zielländern sowohl die Beschäftigungsquote als auch die Innovationsquote steigt.

Der Nutzen für die Zielländer, der sich aus Migration ergibt, und der Nutzen für die menschliche Entwicklung sollte aus Sicht des Berichts dazu führen, Migration zu fördern. Dazu, wie das gelingen kann, werden verschiedene Vorschläge gemacht. Zwei davon: bestehende Kanäle für Arbeitsmigration weiter öffnen und Migration als Querschnittsaufgabe in die Entwicklungspolitik integrieren.

Von den umfangreichen Informationen und Argumentationen konnte hier nur ein Bruchteil vorgestellt werden. Insgesamt hat das UNDP einen ungeheuer informativen Bericht vorgelegt, der vor allem durch seine Perspektive, die Menschen und ihr Leben ins Blickfeld zu nehmen, besticht.

Der Human Development Report 2009 kann (in englischer Sprache) heruntergeladen werden unter:

www.migration-online.de/

[hdr_2009](http://www.migration-online.de/hdr_2009)

Eine Zusammenfassung steht unter:

www.migration-online.de/

[hdr_2009_kurz](http://www.migration-online.de/hdr_2009_kurz)

ZAHLENWERK

Kosten für Migration im Zeitraum 2006 bis 2008 (Beispiele in Arbeitszeit)

Herkunftsland	Zielland	Dauer (Jahre/Monate/Tage)
Vietnam	Japan	6/5/4
Bangladesch	Saudi Arabien	5/2/3
China	Australien	3/10/16
Kolumbien	Spanien	1/8/3
Indien	Vereinigtes Königreich	1/3/0
Philippinen	Singapur	0/8/26

Daten: Human Development Report 2009

Basis für die Berechnung ist das

Bruttonationaleinkommen pro Kopf im Herkunftsland. Zu den Kosten gehören neben den Reisekosten,

Gebühren für Papiere, mögliche Vermittlungsgebühren, mögliche Bestechungsgelder und so weiter.

ZIELMÄSSIG ATTRAKTIV

Studie über hochqualifizierte Zuwanderer in Deutschland

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) veröffentlichte im Oktober 2009 eine Untersuchung mit dem Titel „Zuwanderung von Hochqualifizierten aus Drittstaaten nach Deutschland“. Der 28. Teil der „Working Paper“-Reihe präsentierte die Ergebnisse einer schriftlichen Befragung von hochqualifizierten Zuwanderern, die im Besitz eines Aufenthaltstitels nach Paragraph 19 des Aufenthaltsge setzes sind und im Jahr 2008 zu ihrem soziökonomischen Hintergrund, ihrer (Aus-)Bildung, ihrer beruflichen und familiären Situation, ihren Wande rungsmotiven und ihren Rückkehrab sichten befragt wurden.

Von 959 angeschriebenen Personen haben 514 geantwortet, wobei 510 auswertbar waren – auf die Anonymität der Befragten wurde dabei Wert gelegt. Die meisten berücksichtigten Hochqualifizierten stammen aus Russland (117) und den USA (63), gefolgt von Rumänien und China (jeweils 25).

Ein Großteil der befragten Hochqualifizierten leben in Bayern (25,5 %), gefolgt von NRW (22,4 %) und Hessen (12,7 %). Die Schlusslichter sind Brandenburg, das Saarland und Thüringen mit jeweils 0,9 %. Im Städte ranking führt München (109 Personen) vor Dresden (59) und Berlin (45).

Die Aufschlüsselung nach Berufstätigkeit und Art der Arbeit bringt Folgendes zu Tage: 93 % der zuge wanderten Hochqualifizierten sind Vollzeitbeschäftigte, ihre Ehe- und

Lebenspartner sind es jedoch nur in einem Viertel der Fälle. Fast die Hälfte geht einer Arbeit als Physiker, Chemiker, Informatiker, Mathematiker, Ingenieur oder Architekt nach (ISCO 21), gefolgt von Geschäfts- oder Geschäftsbereichs-, beziehungsweise Fachbereichsleitern in großen Unternehmen (ISCO 12) mit rund einem Viertel. Etwa 10 % sind Biowissenschaftler oder Mediziner (ISCO 22) und lediglich knapp fünf Prozent sind als wissenschaftliche Lehrkräfte (ISCO 23) tätig.

Betrachtet man die Berufsstruktur unter Berücksichtigung der Herkunfts länder, kann man erkennen, dass die Hälfte der Hochqualifizierten aus den USA in der Berufsgruppe ISCO 12 tätig ist. Die russischen Zu wanderer arbeiten zu 73 % in den Gruppen ISCO 21 und 22.

Erstaunlich ist, dass 95 % auf die Frage, wie zufrieden sie mit ihrer beruflichen Situation in Deutschland sind, mindestens mit „Zufrieden“ geantwortet haben. Auch überraschend ist, dass ein großer Teil der Befragten langfristige Pläne für den Aufenthalt in Deutschland haben und das, obwohl diese Bevölkerungsgruppe allgemein sehr mobil und auch gefragt ist. 31 % gaben an, für immer in Deutschland bleiben zu wollen und 37 % können sich einen Aufenthalt von mehr als zehn Jahren vorstellen. Insgesamt würden also mehr als zwei Drittel der in Deutschland lebenden Hochqualifizierten bleiben wollen.

Weitere Infos und das Arbeitspapier:
[www.migration-online.de/
bamf_wp_28](http://www.migration-online.de/bamf_wp_28)

SCHULBESUCH FÜR KINDER STATUSLOSER ELTERN

Initiative der hessischen Landesregierung

Die hessische Landesregierung wird Kindern statusloser Eltern eine Möglichkeit eröffnen, zur Schule zu gehen. Laut Kultusministerin Dorothea Henzler wurde dabei ein Weg gewählt, „der den Kindern einerseits den Schulbesuch möglich macht, ihren Aufenthaltsstatus aber nicht verfestigt“. Dazu soll die „Verordnung zum Schul-

besuch von Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache“ dahin gehend geändert werden, dass Kinder und Jugendliche, die nicht schulpflichtig sind, aber ihren tatsächlichen Aufenthalt in Hessen haben, zum Schulbesuch berechtigt sind. Die Aufnahme in einer Schule würde dann nicht mehr ausdrücklich die Vorlage einer Meldebescheinigung erfordern. Damit werde, so die Ministerin, „für die Schulleiterinnen und Schulleiter Rechtssicherheit“ geschaffen.

QUALIFIZIERTE MIGRANTINNEN

Fast die Hälfte der weltweiten Migration ist weiblich

Rund die Hälfte der weltweit rund 200 Millionen MigrantInnen sind Frauen. Der Anlass für ihre Migration ist je nach Region verschieden. Während in den alten Anwerbeländern Europas Familienzusammenführung die entscheidende Rolle spielt, ist in den neuen Einwanderungsländern wie Spanien oder Italien die Arbeitsmigration dominierend. Aber auch die im Rahmen der Familienzusammenführung gekommenen Frauen können nach Wartefristen in den Arbeitsmarkt gehen. In anderen Regionen der Welt dominiert die Arbeitsmigration von Frauen. So stellen sie zwischen 60 und 80 % der Migration in Ländern wie Sri Lanka, Indonesien und den Philippinen.

Die hohe Zahl von Migrantinnen beschäftigt seit einiger Zeit Medien und Forschung. Allerdings konzentriert sich das weitgehend auf Arbeitsbereiche in der Sexindustrie und in Privathaushalten. Einen anderen Blick wirft das Kurzdossier „Arbeitsmigration qualifizierter Frauen“, das vor kurzem erschienen ist.

Besonders im Gesundheitswesen einiger Länder spielen zugewanderte

Frauen eine große Rolle. So waren in England im Jahr 2000 40,2 % der aus dem Europäischen Wirtschaftsraum zugewanderten Ärztinnen und Ärzte Frauen, unter jenen, die von außerhalb des EWR eingewandert sind, lag der Anteil bei 26,2 %. In Kanada waren zwischen 1998 und 2000 rund 20 % der Programmierer und Systemanalytiker, die über Zu wanderungsprogramme für Qualifizierte eingewandert sind, Frauen.

An anderer Stelle im Kurzdossier heißt es wörtlich: „Außerdem ist in einigen Ländern der Anteil der Migrantinnen aus Nicht-OECD-Ländern gleich hoch oder höher als der der einheimischen Frauen. Dies ist im Vereinigten Königreich und in Portugal der Fall. In Belgien ist der Anteil fast gleich.“ Ein Problem ist allerdings die Anerkennung von Qualifikationen. Die Dequalifizierung in Folge von Migration ist bei Frauen noch ausgeprägter als bei Männern. Hier – so eine Schlussfolgerung des Dossiers – ist politisches Handeln nötig.

Das Kurzdossier (Herausgegeben vom Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut) kann heruntergeladen werden unter:
[www.migration-online.de/
qualifizierte_migrantinnen](http://www.migration-online.de/qualifizierte_migrantinnen)

BÜNDNIS: SCHUTZ VOR AUSBEUTUNG

Berliner Bündnis gegen Menschenhandel gegründet

Anfang Oktober wurde auf Initiative der Internationalen Organisation für Migration (IOM) das „Berliner Bündnis gegen Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung“ gegründet. Beteiligt sind der Berliner Senat, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Berlin-Brandenburg und die Internationale Arbeitsorganisation (ILO). Der Integrationsbeauftragte des Berliner DGB, Safer Cinar, betonte, „dass es den Gewerkschaften und den anderen Projektpartnern insbesondere auch um den Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vor kriminellen Machenschaften geht“.

In den Industrieländern gibt es nach Schätzungen der ILO mindestens

360.000 Menschen, die von Zwangsarbeit betroffen sind. In Deutschland sind es 15.000. Mehr als 75 % dürfen durch Menschenhandel in diese Situation gekommen sein. In den Industrieländern entfallen auf Zwangsprostitution rund 55 %. Das Problem wird in der Öffentlichkeit durchaus beachtet. Die restlichen 45 % – vor allem im Gaststättengewerbe, haushaltshnahmen Dienstleistungen, der Landwirtschaft und auf dem Bau – finden weit weniger Beachtung. Deshalb will das Bündnis auch hier für eine Sensibilisierung sorgen.

In Zusammenarbeit mit den relevanten Organisationen und Institutionen wie Senatsbehörden, Strafverfolgungsbehörden, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften sollen Strategien zur Bekämpfung illegaler Praktiken entwickelt werden.

AUSWIRKUNGEN DER KRISE AUF DIE ARBEITSMIGRATION

Studie der Internationalen Arbeitsorganisation

Die Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise auf Arbeitsmigrantinnen und – migranten untersucht eine Studie der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Insgesamt gibt es vier wichtige Erkenntnisse.

Erstens trifft die Krise Migrantinnen und Migranten je nach Branche und Land unterschiedlich. In Malaysia, Japan und Südkorea war zum Beispiel die Industrieproduktion von Arbeitsplatzabbau betroffen, der stark Migrantinnen und Migranten traf. In den USA, Spanien und Irland war vor allem die Baubranche betroffen. Andererseits war in den USA und Irland im Gesundheitswesen und im Erziehungswesen sogar ein Anstieg

bei der Beschäftigung von Migrantinnen und Migranten zu beobachten. Unterm Strich ist allerdings ein hoher Verlust von Arbeitsplätzen zu beobachten, der sich noch steigern dürfte.

Die Situation auf den Arbeitsmärkten der Empfängerländer hat dazu geführt – dies die zweite Erkenntnis –, dass die Zahl der Auswanderungen nachgelassen hat – in Mexiko zum Beispiel zwischen August 2007 und August 2008 um 50 %. Die Rückwanderungen haben sich allerdings noch nicht verändert.

Drittens: Bei den Rücküberweisungen wird ein deutlicher Rückgang befürchtet, allerdings regional uneinheitlich. In Lateinamerika und der Karibik gibt es einen Rückgang des Wachstums, Negativwachstum weisen nur Mexiko und Ecuador auf. In Süd- und Süd-

ostasien ist ein Sinken der Rücküberweisungen im Jahr 2009 zu erwarten. Für einige Länder der ehemaligen Sowjetunion wie Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan wird das erwartete Absinken der Rücküberweisungen zu erheblichen Schwierigkeiten führen, da die dortigen Volkswirtschaften stark darauf angewiesen sind.

Viertens schließlich besteht gerade in Krisenzeiten die Gefahr, dass prekäre und irreguläre Arbeit zunimmt. Derzeit ist aber noch nicht abschätzbar, in welchem Maße das geschehen wird und inwieweit Migrantinnen und Migranten davon betroffen sind.

Die ILO-Studie „The global economic crisis and migrant workers: Impact and response“ steht im Internet unter: www.migration-online.de/global_crisis

MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN IN DER KRISE

Europäische Migrationsgespräche in Berlin

Migrantinnen und Migranten sind am stärksten von der Krise betroffen, so das Ergebnis der Tagung im Rahmen der Europäischen Migrationsgespräche zum Thema „Migrationspolitik in Europa im Rahmen der Krise – Rahmenbedingungen und Herausforderungen“ des DGB Bildungswerk Bund in Berlin am 9. Okto-

ber 2010. „Allerdings trifft die Krise Migranten und Migrantinnen unterschiedlich hart: Je nach Land, in dem sie nun arbeiten, oder Branche, in der sie beschäftigt sind. Um es auf den Punkt zu bringen: jung, männlich und prekär beschäftigt“, erklärte Michaela Dälken, Leiterin des Kompetenzzentrums Europa beim DGB Bildungswerk Bund.

Die Tagung zeigte, dass zukunftsgerichtete Strategien benötigt wer-

den, um dem entgegen zu wirken. „Auf der einen Seite werden wir eine verstärkte Abschottung der Grenzen erleben und auf der anderen Seite einen Kampf um Fachkräfte“, so Michaela Dälken. Es würden verstärkte entwicklungspolitische Konzepte in den Herkunfts ländern benötigt. „Wir sollten nicht vergessen: Trotz der Krise wird sich langfristig die demografische Entwicklung in Deutschland nicht ändern. Wir brauchen Zuwanderung“, so ihr Resümee.

RECKLINGHÄUSER TAGUNG

Dokumentation erschienen

„Interkultureller Dialog – Herausforderung und Chance“ war das Thema der 38. Recklinghäuser Tagung der IG BCE, die im Dezember letzten

Jahres stattfand. Dabei wurden konkrete Integrationsprojekte vorgestellt und über Bildungsfragen sowie gewerkschaftliche Integrationsarbeit diskutiert. Die Dokumentation der Tagung ist jetzt erschienen.

Die Dokumentation kann heruntergeladen werden unter:

www.migration-online.de/38re_tg

Printexemplare gibt es bei:
Telefon 05 11/76 31-6 40 oder
sabrina.hintze@igbce.de

NEUER BUNDESTAG GEWÄHLT

20 Abgeordnete mit Migrationshintergrund

Nach Zählungen eines online-Dienstes sind im neuen Bundestag 20 Abgeordnete mit Migrationshintergrund vertreten. Davon entfallen auf die

Grünen sechs, die Linke fünf, die SPD und FDP jeweils vier und die CDU/CSU ein Mitglied des Bundestags. Laut Bundeszentrale für Politische Bildung saßen im letzten Bundestag elf Abgeordnete mit Migrationshintergrund.



TERMINE

und Veranstaltungen



Forum Weiterbildung: Weiterbildung für Menschen mit Migrationshintergrund – Regionaltagung Nord

Tagung, 05.11.2009
Gewerkschaftshaus Hannover

Behördentagung 2009. Trends und Tendenzen: aktuelle Entwicklungen der Integrationsarbeit

Tagung, 06.11.2009
Stadt Düsseldorf

Grundlagen Evaluation/Berichterstattung – Projektmanagement für Migrantenselbstorganisationen 4

Seminar, 07.–08.11.2009
Hans-Böckler-Haus, Düsseldorf

Bildung als Schlüssel zur Integration

Seminar, 08.–13.11.2009
DGB Tagungszentrum Starnberger See

Medientraining für Migrantenselbstorganisationen 2: Präsentationstechniken

Training, 20.–22.11.2009
DGB Tagungszentrum Hattingen

Was kann ich für Sie tun? Interkulturelle Kommunikation im Kundenkontakt in der öffentlichen Verwaltung

Training, 23.–25.11.2009
DGB Tagungszentrum Hattingen

Arbeitsmarktkonferenz

Tagung, 27.11.2009
Hans-Böckler-Haus, Düsseldorf

Interkulturelles Kommunikationstraining – Grundkurs

Training, 29.11.–04.12.2009
Stuttgart, Waldhotel Degerloch

Vielfalt gestalten. Cultural Mainstreaming. Strategie für die Arbeitswelt?

Tagung, 11.12.2009
Hans-Böckler-Haus, Düsseldorf



EINHEITSGEWERKSCHAFT ALS ERFOLGSMODELL FÜR INTEGRATION: 60 JAHRE DGB

KOMMENTAR

Karl Heinz Goebels, von 1981 bis 1995 Abteilungsleiter der Abteilung Ausländische Arbeitnehmer beim DGB Bundesvorstand



Vor 60 Jahren – im Oktober 1949 – wurde in München der Deutsche Gewerkschaftsbund gegründet. Das Modell der Einheitsgewerkschaft war ein – nicht zuletzt aus leidvoller historischer Erfahrung herrührender – radikaler Bruch mit den Organisationsformen der Weimarer Republik mit ihrer Aufteilung in drei politische Richtungen, sieben Dachverbänden und unzähligen nach Berufen, Betriebsfunktionen und anderen Merkmalen definierten Verbänden.

Ein Beispiel für die Wirksamkeit der Idee der Einheitsgewerkschaft ist die Integration der Arbeitsmigrantinnen und -migranten, die nach Deutschland kamen. Nachdem im Dezember 1955 der erste Anwerbevertrag mit Italien unterzeichnet worden war, kamen 1956 die ersten Italiener nach Deutschland. Ich war damals Betriebsrat in einer Werkzeugmaschinenfabrik. Wir waren höchst verunsichert. Bei Tarifauseinandersetzungen war uns immer wieder klar gemacht worden: Eine hohe Arbeitslosigkeit macht eure Verhandlungssituation nicht besser. Und wir hatten damals 1 Mio. Arbeitslose. Wir

haben befürchtet: Es werden Arbeitnehmer aus dem Ausland geholt, damit das Angebot an Arbeitskräften erhöht und unsere Position bei Tarifverhandlungen verschlechtert wird.

Was wir nicht mitbekommen hatten, konnten wir später in der IG-Metall-Zeitung lesen. Der DGB hat neben den Arbeitgebern, der Bundesanstalt für Arbeit und natürlich der Regierung, beim Abschluss des Anwerbevertrags mitgewirkt. Und der DGB hat genau das getan, was wir für nötig hielten und wo unsere Befürchtungen hingingen. Der DGB hat gefordert und durchgesetzt: Um vorübergehende Engpässe auf dem Arbeitsmarkt zu überwinden, können wir ausländische Arbeitskräfte anwerben, jedoch nur unter der Bedingung der arbeitsrechtlichen und sozialrechtlichen Gleichstellung mit den vergleichbaren deutschen Arbeitnehmern. Damit hatten sie ausländischen Kolleginnen und Kollegen Anspruch auf den jeweiligen Tariflohn.

Das war für uns in Ordnung. Der DGB hatte auch zur Anwerbung erklärt: „Ausländer dürfen kein Fremdkörper in unserer Gesellschaft werden, deshalb ist das Ziel, die ausländischen Arbeitnehmer in die Solidargemeinschaft der Gewerkschaft zu integrieren.“ Bei den Satzungen gab es keinen Hinderungsgrund für eine Mitgliedschaft. Hier griff die Idee Einheitsgewerkschaft.

In der Praxis war das bisweilen schwieriger. Es gab Betriebsräte und Vertrauensleute, die wollten die ausländischen Kollegen nicht aufnehmen. Die haben gesagt: „Die sind nach einem Jahr weg, da lohnt es sich nicht, das Mitgliedsbuch auszustellen.“ Wir haben auf vielen Betriebsversammlungen versucht zu überzeugen und mit Argumenten für eine Integration unserer ausländischen Kollegen in die Gewerkschaft gewor-

ben. Es war schon oft so: Hätten wir das Gegenteil gesagt, wäre der Applaus größer gewesen.

Das hat sich im Laufe der Jahre geändert. Und das lag auch an den ausländischen Kolleginnen und Kollegen. Viele von ihnen kannten keine Gewerkschaften. In Spanien unter Franco waren sie unterdrückt, in Anatolien, woher viele Türken kamen, waren sie nicht präsent, ebenso wenig in Südalitalien. Und dann haben die ausländischen Kolleginnen und Kollegen Vertrauensleute und Betriebsräte erlebt, die ihnen helfen. Das war das Aha-Erlebnis und Anlass für viele, sich gewerkschaftlich zu engagieren.

Ein Indiz dafür, wie das geklappt hat, ist die Zahl der ausländischen Betriebsratsmitglieder, und zwar vor 1972. Erst seit dem Zeitpunkt durften durch die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes Ausländer in die Betriebsräte gewählt werden. Wir hatten aber auch schon davor einige Hundert ausländische Betriebsräte. Das funktionierte so: Im Betrieb wurde ein Wahlvorstand gewählt und der leitete die Betriebsratswahl ein, nahm die Wahllisten entgegen und prüfte sie. Wenn es keinen Widerspruch gab, weder vom Arbeitgeber, noch aus der Belegschaft oder von der Gewerkschaft, dann war das okay. Auf den Wahllisten standen aber auch ausländische Kolleginnen und Kollegen. Und die wurden gewählt, auch von Deutschen.

Heute sind Betriebsräte mit Migrationshintergrund oder ausländischem Pass völlig normal. Wäre die Integration in der Gesellschaft so verlaufen wie in den Betrieben wäre mit persönlich wohler. Und in den Gewerkschaften gehören Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund ohnehin alle dazu. So gesehen hat die Einheitsgewerkschaft DGB Grund zu feiern: Glückwunsch.

GEFÖRDERT DURCH



Bundesministerium
des Innern



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Europäischer Integrationsfonds

IMPRESSUM



DGB
BILDUNGSWERK
BUND

HERAUSGEBER

DGB Bildungswerk
Vorsitzender: Dietmar Hexel
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Leo Monz

KOORDINATION

Michaela Dälken

REDAKTION

Bernd Mansel
(Medienbüro Arbeitswelt), Berlin

LAYOUT

Gitte Becker

DTP/REINZEICHNUNG

Gerd Spliethoff

FOTOS

photocase

ERSCHEINUNGSWEISE

Monatlich

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

DGB Bildungswerk
Bereich Migration & Qualifizierung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 99
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de